

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1906**

191 (18.8.1906) Zweites Blatt

# Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:  
Luisenstraße 24.  
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144.  
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.  
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Anzerate: die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Total-Anzerate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Anzeraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Anzerate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 191. Zweites Blatt. Karlsruhe, Samstag den 18. August 1906. 26. Jahrgang.

## Gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen!

Die seit Jahren in Scharfmacherkreisen propagierten Pläne gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen scheinen nunmehr auch in Regierungskreisen festere Gestalt anzunehmen. Die Erklärungen des Reichsanwalters v. Bülow am 26. Mai d. J. im preuß. Abgeordnetenhaus, daß die Sozialdemokratie es leider verstanden habe, diese sozialpolitischen Organisationen zum Schaden ihrer sozialen Bedeutung für Parteizwecke auszunutzen und diesen Zweck später im Herrenhaus, daß dies zum Nachteile der Krankenkassen geschehen sei, und daß hier die Zustände entwickelt hätten, die dringend eine Besserung bedürften — enthielten bereits ein gewisses Programm der Regierung, das den Weg für die Selbstverwaltung der Krankenkassen zu Gunsten der Arbeiter öffnete. Auch die „große sozialpolitische“ Rede des Reichsanwalters in der letzten Reichstagsession über den Vorschlag der Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung gab einen Fingerzeig in der gleichen Richtung. Der Staatssekretär sprach davon, daß ein solches Werk nicht ohne Berücksichtigung der „gefährlichsten“ Bedenken auf diesem Gebiete aufgeführt werden könne, und daß diese Bedenken die Eifer der Regierungsgewalt angefordert zu haben, denn vor kurzem berichtete die bürgerliche Presse, daß mit der Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung zunächst auf dem Gebiete der Krankenkassen der Anfang gemacht werden solle. Es solle vorerst mit den „gefährlichsten“ Bedenken auf diesem Gebiete aufgeführt werden, um dadurch eine Grundlage zu schaffen für den Aufbau der beiden anderen Versicherungszweige.

Wenn eine Reform der Arbeiterversicherung mit der Umgestaltung der Krankenkassen verbunden sein soll, so ist damit schon das Urteil über die ganze Reform gesprochen. Nicht etwa, daß die Krankenversicherung durchaus vollkommen wäre und gar keine Reform bedürfte; — ein Blick auf die Verteilung des Krankheitsrisikos zeigt vielmehr, wie dringend eine organische Umgestaltung der Krankenkassen notwendig ist. Aber allen bisherigen Reformplänen der Regierung auf diesem Gebiete war weniger um die Verschmelzung der Krankenkassen, sondern vielmehr um die Befestigung der Selbstverwaltung der letzteren zu tun. Seit der Hofmannschen Denkschrift vom Jahre 1900 hat die Regierung sich an diesem Gedanken festgehalten und lieber auf jeden weiteren Schritt der Vereinheitlichung verzichtet, als auf ihre reaktionären Absichten. Es war daher zu erwarten, daß der Weg zur Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung, sobald er von der Seite der Krankenkassen her in Angriff genommen wurde, über die Selbstverwaltung der Krankenkassen gehen würde, und diese Erwartung ist nicht getäuscht worden.

Nach den Mitteilungen der Presse sollen zunächst die örtlichen Kassen zu solchen größerer Verwaltungsbereichen verschmolzen werden. Ob davon auch die Betriebs- und Innungskassen betroffen werden sollen, darüber verlautet nichts. Dann will man die Arbeiter einen Teil der Kassenbeiträge zahlen lassen, indem die letzteren nicht mehr zu 1/2 von den Arbeitern und zu 1/2 von den Unternehmern aufgebracht, sondern je zur Hälfte von beiden Teilen getragen werden sollen. Das sei notwendig, um eine gleiche Grundlage mit der Invalidenversicherung zu schaffen. Für die Unternehmer würde dies zwar eine höhere Belastung von etwa 10 Millionen Mark jährlich, die sie ungenutzten zahlen würden; ohne die Halbierung der Beiträge sei aber

eine gleichstarke Vertretung von Unternehmern und Arbeitern in der Verwaltung nicht möglich. Gätten die Unternehmer den gleichen Einfluß wie die Arbeiter, so seien sie imstande, darauf zu halten, daß die Kassen nicht „als Versorgungsanstalten für sozialdemokratische Agitatoren“ dienen, sondern ausschließlich dem Wohl der versicherten Arbeiter. Also eine Beschränkung des Einflusses der Arbeiter in den Krankenkassen ist der Regierung der einzig mögliche Weg zur Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. Die reine Selbstverwaltung der Unternehmer in den Unfallherufungsgenossenschaften, die bürokratische Verwaltung in den Invaliden-Versicherungsanstalten bleiben unangetastet. — Die Selbstverwaltung der Arbeiter allein war der Regierung bei ihren Reformplänen im Wege. Das belegt genug über die Art dieser Reformpläne!

Aber damit begnügt sich die Regierung diesmal nicht. Die Krankenkassen sollen auch noch verbürokratisiert werden. Deshalb soll der Vorstoß eine „gebildete, wissenschaftlich geschulte und praktisch erfahrene Persönlichkeit“ sein, deren Wahl den Parteien entfällt und den kommunalen und Kreisbehörden übertragen werden soll. Dieser soll festangeteilt werden und tatsächlich die Verwaltung der Kasse führen. Damit ist die bürokratische Kassenleitung glücklich etabliert und es bleibt noch übrig, den spezifisch „sozialdemokratischen“ Einfluß auf die Kasse zu dezimieren. Das soll durch Einführung des „gerechtesten aller Wahlsysteme“, des Proportionalwahlsystems, geschehen, das auch den Minderheiten eine Vertretung gewährleistet. Eine solchergestalt revidierte Verwaltung mit dem ausschlaggebenden Einfluß des bürokratischen Vorstoßes wäre dann berufen, alle Streitfragen, wie die Anstellung von Beamten und Ärzten, in befriedigendster Weise zu lösen!

Es ist selbstverständlich, daß die Klassenbewusste Arbeiter diese Pläne der Regierung bis auf äußerste bekämpfen und für ihre drohenden Selbstverwaltungsrechte eintreten wird, nicht im Interesse einer Partei, der sie angehören, sondern im Interesse einer gesunden Entwicklung des Krankheitswesens. Wir haben schon mehrfach die unerfüllbaren Forderungen der Ärzte an die Krankenkassen als eine Gefahr für die letzteren kennzeichnet. Die Ausgaben der Krankenkassen für Ärzte und Arzneien sind von Jahr zu Jahr in einer Steigerung begriffen (im Jahr 1900 um 1900—1904 um 33 Proz., bei den Ortskrankenkassen sogar um 45 Proz.), sodas die soziale Ausbau der Kassen hinsichtlich der Familienbehandlung und der Rekonvaleszenzpflege geradezu verhindert wird. Die rückständige Gemeindeversicherung zeigt, was von der Verbürokratisierung der Krankenkassenverwaltung zu erwarten ist. Aber nicht lediglich diese sozialpolitischen Erwägungen allein werden die Arbeiter zum Protest gegen die Regierungspläne veranlassen, — sondern auch die ehrliebe Enttäuschung über die systematische Verleumdung ihrer gewählten Vertreter, die auch nicht durch den Schatz eines Beweises gelöst wird.

Der Zentralverband der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich, dessen Geschäftsführung in Händen des Vorstandes der Ortskrankenkasse zu Dresden liegt, hat sich der dankenswerten Aufgabe unterzogen, diesen ehrenrührigen Verleumdungen, daß die „sozialdemokratischen“ Leitungen der Krankenkassen die letzteren für ihre parteipolitischen Zwecke mißbraucht habe, durch eine Umfrage bei den Arbeitgeber-Vertretern der Ortskrankenkassen auf den Grund zu gehen. Diese

Umfrage erstreckte sich auf die Ortskrankenkassen aller Städte und Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern, außerdem noch auf solche zahlreicher kleinerer Gemeinden, zu welchem Zwecke 1277 Fragebogen folgenden Inhalts verandt wurden:

1. Name und Sitz der Kasse?
2. Zahl der Kassenmitglieder?
3. Zahl der Vorstandsmitglieder?
4. Gehören dem Vorstande Ihres Wissens Sozialdemokraten an? — Wieviel?
5. Sind Differenzen zwischen den Arbeitgeber-Vertretern und den Arbeitnehmer-Vertretern vorhanden gewesen? — Und wann?
6. Wenn ja, wodurch entstanden die Differenzen?
7. Wieviel Beamte beschäftigt die Kasse?
8. Sind die Beamten als Sozialdemokraten bekannt? — Und wie viel davon?
9. Sind Sozialdemokraten als Beamte ohne Rücksicht auf ihre Fähigkeiten bevorzugt worden?
10. Sind sozialdemokratisch gesinnte Ärzte bei Anstellung oder Zulassung zur Kassenpraxis bevorzugt worden?
11. Haben die Sozialdemokratie angehörigen Vorstandsmitglieder oder die Beamten ihre Stellung benutzt, um Kassenmittel politischen Zwecken dienstbar zu machen?
12. Welche Wahrnehmungen sind nach dieser Richtung überhaupt bei der Kasse gemacht worden?

Nach dem der Sozialdem. Partei-Korr. übermittelten Ergebnis der Arbeitgeber-Auskünfte haben 424 Kassen mit 1 703 858 Mitgliedern dieselbe beantwortet. Von diesen bejahen 166 Kassen die Frage, ob sich Sozialdemokraten im Vorstande befinden; 181 verneinen dies. 2 Kassen berichten, daß sämtliche Vorstandsmitglieder, 81 Kassen, daß alle Arbeitgebervertreter, 69, daß die Hälfte und mehr, 24, daß weniger als die Hälfte, und 7 Kassen, daß mehr als die Zahl der Arbeitgebervertreter Sozialdemokraten seien. 40 Kassen bezeichnen das Vorhandensein von Sozialdemokraten als unbekannt.

Differenzen wurden von 393 Kassen verneint, von 25 Kassen bejaht (5,6 Proz.); als Ursachen von Differenzen wurde viermal die Anstellung des Vorstandes, achtmal die Anstellung von Beamten, fünfmal die Vergütung von Dr.arbeiten, zweimal die Anstellung von Ärzten, fünfmal sonstige Verwaltungsmaßnahmen, jedesmal eine rücksichtslose Behandlung von Arbeitgebern und dreimal die Wahl des Vorstoßes angegeben.

Ueber sozialdemokratische Kassenbeamte berichten 86 Kassen, von den 1824 Angestellten aller Kassen werden 201 als Sozialdemokraten bezeichnet. Eine Kasse erklärte, daß ihre Beamten größtenteils Sozialdemokraten seien, bei 3 Kassen war die Zahl der Sozialdemokraten unbekannt.

Eine Bevorzugung von Sozialdemokraten bei Beamtenanstellungen wird von 393 Kassen verneint, von 17 bejaht (4,3 Proz.); 2 Kassen erklären, daß die sozialdemokratischen Beamten sich bewährt hätten. Die Bevorzugung sozialdemokratischer Ärzte wird von allen Kassen verneint, nur eine Kasse meinte, dies sei einmal scheinbar der Fall gewesen; bei einer anderen Kasse führte ein solcher Verdacht zur Entlassung des Arztes.

Nun die Hauptfrage, ob die Kassenmittel zu Parteizwecken dienstbar gemacht würden. Diese Frage wurde von 406 Kassen (immer gemeint sind die Arbeitgeber in der Verwaltung) verneint; nur 5 bejahten dies in bezug auf die Vergütung von Drud-

aufträgen an sozialdemokratische Firmen, während eine Kasse erklärte, dafür keine Beweise zu haben.

Sichtlich der letzten Frage erklärten 383 Kassen, überhaupt keinerlei Wahrnehmungen in bezug auf irgendwelche sozialdemokratische Beeinflussung der Kassenangelegenheiten gemacht zu haben. 38 Kassen heben hervor, daß politischer Einfluß in den Kassenverwaltungen nie wahrzunehmen war. 56 erklärten, daß das Zusammenwirken der Arbeitgeber und Arbeiter stets als harmonisches zu bezeichnen war und eine Kasse (Rathenow) erklärt die im Reichstage gemachten, auf Rathenow bezüglichen Behauptungen als „haltlose Verdächtigungen“.

Wiederholt wird betont, daß das Verhältnis der Arbeitgeber zu den Arbeitnehmern das den besten ist, die Arbeiter selbstlos, objektiv und parteilos erledigt werden; daß beide Teile sich immer gut verständigt haben, obwohl unter den Arbeitgebern keine Sozialdemokraten sind, daß beide Teile im besten Einvernehmen stehen und vorzüglich zusammenarbeiten, um die große soziale Aufgabe voll und ganz zu erfüllen; daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Vorstandes stets eifrig und verständnisvolle Mitarbeiter waren, ohne je zu versuchen, ihre Stellung zu den Zwecken ihrer Partei zu mißbrauchen; daß kein Versuch gemacht worden ist, die Politik in die Kasse zu tragen usw.

Die geschäftsführende Kasse zu Dresden hat die sämtlichen eingegangenen Fragebogen von einem nichtsozialdemokratischen Beamten bearbeiten lassen und das gesamte Material dem Reichsanwalt zur Einsichtnahme angeboten, ihm auf dessen Wunsch überliefert und wird dasselbe nach Rückempfang im Reichstage anlegen lassen.

Das mutige Vorgehen des Zentralverbandes verdient alle Anerkennung und der Erfolg seiner Umfrage dürfte in der Tat geeignet sein, den Verleumdungen des angeblichen „sozialdemokratischen Kassenmißbrauchs“ gründlich den Mund zu stopfen. Denn was war dieses Ergebnis? Es bestand lediglich darin, daß bei fünf Kassen die Arbeitgeber über die Vergütung von Drudarbeiten an sozialdemokratische Firmen klagten. Als ob nicht auch diese sozialdemokratischen Firmen für ihre Arbeiter Beiträge an die Kasse zahlten! Daß diese Firmen die Kasse ausgebeutet hätten, oder daß ihre Ertrags von diesen Aufträgen abhängig wäre, behaupten selbst diese Gegner nicht!

Eine glänzendere Rechtfertigung der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen wäre kaum möglich, und es ist besonders bedeutend, daß diese Angaben lediglich von Arbeitgebern und Vertretern herrühren, also von wirtschaftlichen Gegnern unserer Gewerkschaften, gegen deren Vertreter sich vor allem der Ansturm der Reaktionäre richtet. Damit vergleiche man die systematischen Verleumdungen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie und die Hegeorien gewisser Parteiführer unter Führung eines Rudgan, und jeder ehrliche Beurteiler muß zugeben, daß die Selbstverwaltung der Krankenkassen, für welche allerdings die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften mit aller Kraft eintreten, sich durchaus bewährt hat.

Die Arbeiterklasse, die sowohl der politischen als auch der bürokratischen Bevormundung längst entzogen ist und es als eine Beleidigung empfindet, in der selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten beeinträchtigt zu werden, wird den Plänen der Reaktionäre das wohlverdiente Ende bereiten!

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

## Die Mutter seines Kindes.

Von Friedrich Thieme.

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Einem Augenblick kam ihm die Idee, jetzt gleich aufzubrechen, im nächsten Orte zu übernachten und nicht wieder nach der Residenz, nach seiner Wohnung zurückzufahren. Was würde Marie wohl tun, wenn er nicht wiederkam, wie würde es sie kränken, ihres Vorgehens ihr Ziel nicht zu erreichen! Sie würde eine hübsche, ausgezeichnete Mode sein, eine Mode, die ihr zeigen würde, daß er ihr nicht angehen wollte, selbst wenn die andere ihm verloren ginge. Man annehmen, er sei verunglückt, seine Angelegenheit konnte er ja später brieflich klären. Nein — er ließ den Gedanken rasch wieder fahren — er selbst ging zwar allen Unannehmlichkeiten aus dem Wege, aber den böswilligsten Gerüchten öffnete sein Verschwinden Tür und Tor und außerdem erforderte die Realisierung des Planes Energie, als der in seinem Verufe so tüchtige Mann aufzuwenden hatte.

Auch an Selbstmord dachte er — er wollte lieber sterben, als ein vernichtetes Leben ertragen, wie er des öftern mit Pathos wiederholte, aber von der Idee bis zur Ausführung des Selbstmordgedankens bekanntlich ein weiter Weg. Ja, wenn er gleich selbst hätte tot umfallen können, um nicht wieder zu erwachen. Aber selbst Hand an sich legen? Woher und Gedanken wohl, aber nicht in der Handlung, die der Schwache in der Regel von Tag zu Tag hinauschiebt, ohne je im Ernste an ihre Ausführung zu denken. Er sagte wohl manchmal zu sich, ich will es tun, aber er tat es nicht, und er sagte manchmal zu sich, ich will gehen, aber er ging nicht. Kurt war mit dem Entschlusse hinweggegangen, nicht wieder, wenigstens nicht in dieser Nacht, nach Hause zurückzufahren. Nachdem er jedoch über eine Stunde herumgedacht war, machte sich mehr und mehr der Einfluß der feuchten Kälte, sowie der Müdigkeit geltend, gegen die ihn anfangs seine Auf-

regung unempfindlich erscheinen ließ. Die Einwirkung des Frostes ward schließlich eine derart durchdringende, daß der junge Arzt beinahe seine ganzen physischen Kräfte über der Not des Augenblicks vergaß und fast Tränen der Erbitterung über den Gedanken vergoß, daß er, der Besitzer eines behaglichen traulichen Heims, wie ein Geächteter und Obdachloser in der Nachtkälte herumirren müsse. Denn nach Hause gehen — nimmermehr! Das litt sein Stolz nicht, wie er sich selbst sagte, während er nichtsbedenklicher bereits den Weg nach seiner Wohnung einschlug. Von weitem, um nicht etwa gesehen zu werden, blühte er nach den wohlbekannten Fenstern, erst mit nichtmühtiger Resignation, dann mit wütender Erbitterung. Dort sah nun Marie und machte sich gegen im warmen Zimmer, während er, der Eigentümer, verdrängt, ausgestoßen, frierend und stierend auf der Straße stand, vielleicht von seiner Widersacherin noch verpöbelt für seine Torheit.

Aber warum war er auch so töricht? Warum ließ er sich verdrängen? Konnte er nicht dieser Person die Stürze bieten? Trotz ihr in seiner Wohnung bleiben, als sei nichts geschehen, und ihre Anwesenheit verächtlich ignorieren? Gewiß, er wollte es. Mit diesem Entschlusse oder mit etwas, was einem Entschlusse ähnlich sah, während sein Verhalten in Wirklichkeit doch nur einen durch selbstbetrügerisches Vernünfteln beschönigten Mühsal bedeutete, eilte der Doktor auf sein Haus zu, schloß die Tür auf und schlich leise die Treppe hinauf. Er wußte ja nicht, daß Marie noch immer in dem Lehnstuhl am Fenster harrte, und daß sie als sie seine Ankunft vernahm, mit einem Senfzer der Erleichterung sich erhob und in der Schlafkammer verschwand. Auf den Boden trat er ins Zimmer — o wie warm und gemühtlich war es hier, wie ganz anders als draußen in der schrecklichen Winternacht! Doch Marie sollte nichts von seiner Rückkehr wahrnehmen, er zündete nicht einmal Licht an und warf sich halb entleert auf das Sopha, wo er zu seiner freudigen Erstaunen ein Kissen und ein Deckbett vorfand, die Mariensfürsorge für ihn hingelegt hatte.

Auch am andern Morgen war Kurt noch zu keinem Resultat gelangt. Grollend wies er den Kaffee zurück, den Marie ihm mit freundlichem „Guten Morgen“ präparierte; dagegen war es ihm nicht möglich, jetzt schon ihre Anwesenheit gänzlich zu übersehen, mußte er doch wohl oder übel noch einmal mit ihr verhandeln, um womöglich noch vor Anbruch der alten geschwätzigen Aufwärterin ihre Entfernung durchzusetzen.

„Mein Marie konnte ihn zu genau, um ohne weiteres seinen Verlangen Rechnung zu tragen. Zielmüde erwiderte sie auf seine Frage, ob sie während der Nacht zu besserer Ueberzeugung gekommen sei, sie habe keine Veranlassung, ihren gestrigen Erklärungen noch etwas hinzuzufügen.“

„Du willst also durchaus keine Rücksicht auf meine Ehre, meine Stellung nehmen?“

„Ich muß das kleine Unrecht begehen, um das größere zu verhindern.“

„So willst du mich absichtlich, willst mich vorsätzlich ruinieren?“

„Du brauchst keinen Mut zu befürchten.“

Kurt schritt erregt auf und ab.

„Marie“, sagte er dann in fast fliehendem Tone „tu mir es zu Liebe, ziehe wo anders hin. Weibemittelwegen in der Stadt, aber verlasse mein Haus.“

„Ich werde es tun“, antwortete sie sanft, aber entschieden, „wenn du das Angebot und die Trauung bestellst hast. Bis dahin werde ich bleiben.“

„Bis dahin ist alles verloren.“

„Warum? Ich glaube es nicht. Es tut mir leid, daß ich so handeln muß. Kurt, aber du hast mein Vertrauen zu schmachlich getäuscht, als daß du von mir noch solches erwarten dürftest.“

„Aber meine Aufwärterin wird gleich hier sein, eine geschwätzige alte Frau, was soll ich ihr sagen? Sie wird dich und das Kind sehen, die Mithellichkeit wird ihr alles verraten.“

„Sag ihr, daß deine Schwester auf ein paar Wochen zum Besuch gekommen sei, wenn du ihr nicht lieber die Wahrheit gestehen willst. Letzteres wäre

freilich besser. Ein wenig Ueberwindung und Mut, Kurt, und du hast dich wiedergefunden.“

„Schweig.“

In diesem Augenblicke klopfte die Alte an die Tür. Es blieb dem jungen Arzte nichts übrig, als dem Räte des jungen Mädchens zu folgen, und erleichtert atmete er auf, als die redselige alte Dame seine Vorstellung mit der lebenswichtigen Versicherung aufnahm, daß man an der beiderseitigen Mithellichkeit das veruachlässigte Verhältnis sofort erkenne. Dazu gehörte allerdings der Fallentwurf der Aufwärterin, denn Marie besah blondes, Kurt dunkles Haar, sie blaue, er schwarze Augen, sie hellen, er dunklen Teint, sie ein artzes, in geraden Linien verlaufendes Näschen, er beinahe eine Adlernase.

Indessen was machts — manche Personen besitzen eben in der Auffindung von gemeinschaftlichen Merkmalen eine geradezu wunderbare Findigkeit und weder der Doktor, noch die junge Mutter zeigten natürlich Lust, in diesem Falle gegen die fähigen Behauptungen der alten Frau zu protestieren.

So ging der erste Ansturm glücklich vorüber. Doch das gefundene Auskunftsmittel bedeutete nur eine Rettung für den Augenblick. In kurzem mußte die Dienerin ja alles erfahren. Immerhin gewann er auf diese Weise Zeit — dem Publikum gegenüber. Nicht aber in Hinsicht Laura, die ihn heute sieder erwartete. Hier galt keine Ausrede, keine Verzögerung, er mußte heute um ihre Hand anhalten oder immer darauf verzichten. Höchstens die Vorpiegung einer schweren eigenen Erkrankung oder einer hochwichtigen, unaufschiebbaren Berufsabhaltung konnte ihn eine Frist von einigen Tagen verschaffen. Was mußte ihm aber diese Frist, wenn er Marie nicht zur Nachgiebigkeit zu bewegen vermochte? Er verschlimmerte nur seine Sache durch solche Winkelzüge, indem er dem früheren Betrag einen neuen hinzufügte. Stellte er sich krank, so würde ihn Laura mit ihrer Mutter sogar belächeln — ein entsetzlicher Gedanke unter den obwaltenden Umständen!

(Fortsetzung folgt.)

